

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

5/79  
5. April

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

## Studentenwerksbeitrag:

### Boykotteure bekommen keine Unterlagen

Studenten, die sich bisher geweigert haben, den vollen Studentenwerksbeitrag zu zahlen, werden zwar nicht exmatrikuliert, sollen aber ihre Rückmeldeunterlagen nicht ausgehändigt bekommen. Der Rektor erklärte dazu, er sei aufgrund eines Runderlasses des Niedersächsischen Wissenschaftsministers verpflichtet gewesen, eine entsprechende Anweisung an das Immatrikulationsamt zu geben. Von der Entscheidung sind etwa 1.000 Studenten betroffen, die eine Erhöhung des Studentenwerksbeitrages von 12 auf 20 Mark bisher nicht akzeptiert haben.

Der ASTA, der zum Boykott aufgerufen hatte, zeigte sich „außerordentlich befremdet“ darüber, daß sich der Rektor der Anweisung des Ministers beugt habe, obwohl eine solche Entscheidung unter die Autonomiebestimmungen falle. Wieder einmal seien die sozial schwächsten Studenten am meisten betroffen, weil die Verweigerung der Aushändigung der Unterlagen zum Entzug der finanziellen Grundlage und damit zum Abbruch des Studiums führen könne. Der ASTA will nun gerichtliche Schritte einleiten. (s. auch Letzte Meldung auf Seite 4). gh

## Zahnmedizin

### Oldenburg der beste Standort

#### Uni-Antrag findet große Unterstützung

Mit Unterstützung der Stadt, der Universitätsgesellschaft, Vertretern der Ärzteschaft und der Gesundheitsorganisationen hat die Universität beim Niedersächsischen Wissenschaftsminister Mitte März einen Antrag auf Einrichtung eines Studienganges Zahnmedizin gestellt. Die Hochschule begründete ihren Antrag u.a. damit, daß die Nachfrage nach Studienplätzen in diesem Bereich besonders stark sei und nicht annähernd durch das Angebot gedeckt werden könne.

In Niedersachsen gibt es zur Zeit in Göttingen und Hannover zahnmedizinische Ausbildungsstätten, die nicht, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, jährlich 200 Studienanfänger aufnehmen können. Nach Auffassung der Universität bietet sich deshalb eine dritte Ausbildungsstätte an, deren Standort nur Oldenburg sein könne. Die Gründe:

- Oldenburg ist Zentrum des mit Zahnärzten nur außerordentlich mangelhaft versorgten Nordwestraumes.
- Oldenburg liegt nicht im Einzugsbereich von Hannover, Göttingen, Hamburg und Münster, wo es Zahnkassen mit entsprechenden Ausbildungsstätten gibt.
- Die drei städtischen Kliniken verfügen über leistungsfähige Einrichtungen in für zahnärztliche Ausbildung wichtigen Gebieten: Chirurgie, Neurochirurgie, Innere Medizin, Hals-, Nasen-, Ohren-, Strahlentherapie, Röntgendiagnostik, Nuklearmedizin, Gesicht- und Kieferchirurgie. Alle drei Kliniken sind bereits sogenannte „Akademische Lehrkrankenhäuser“ für die Universität Göttingen.

Aus letztgenannten Gründen sieht die Universität eine große Problematik in der Einrichtung eines isolierten Studienganges Zahnmedizin. Auch damit befindet sie sich im Einklang mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Nach anfänglicher Skepsis haben sich auch die Vertreter der Ärzteschaft für die Pläne der Universität erwärmen können. Eine aus ihren Reihen gebildete Expertengruppe, ergänzt durch Vertreter der Stadt, ist bereits dabei, die Möglichkeit der Konkretisierung des Studienganges zu überprüfen. Massiv wird die Hochschule von der Stadt unterstützt. Oberstadtdirektor Heiko Wandscher schrieb Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel und bot ihm an, falls erforderlich, auch

ein besonderes Gutachten für die Einrichtung des Studienganges vorzulegen. In einem anderen wichtigen Punkt hat die Stadt schon vorgesorgt: Bauland steht für eine zahnmedizinische Klinik zur Verfügung. Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel wird vor einer Entscheidung fachliche Stellungnahmen zu der Frage einholen, ob die Einrichtung derartiger Studienplätze auch ohne allgemeinmedizinische Ausbildungsplätze am Hochschulort vertretbar wäre. Nach Angaben des Sprechers des Ministeriums wird Pestel je einen Professor der Zahnmedizin von der Universität Göttingen und von der Medizinischen Hochschule Hannover zu einer Stellungnahme auffordern. Um die Einrichtung eines dritten zahnmedizinischen Studienganges in Niedersachsen bewirkt sich neben Oldenburg auch Osnabrück. gh

### Keine Professorenmehrheit für Wissenschaftliche Angestellte

#### Senat traf einstimmige Entscheidung

„Entscheidungen über die Einstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter werden nur dann von der Mehrheit der den Gremien angehörenden Professoren abhängig gemacht, wenn in der Aufgabenstellung der Stelle der Forschungsbezug überwiegt.“ Mit dieser nach Anhörung von Juristen einstimmig getroffenen Entscheidung hat der Senat auf seiner letzten Sitzung der in den Fachbereichen I und IV aufgetretenen Unsicherheit über Einstellungsverfahren für wissenschaftliche Mitarbeiter ein Ende gemacht. In den beiden Fachbereichen hatte es Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob wissenschaftliche Angestellte für ihre Einstellung der Mehrheit der Hochschullehrerstimmen laut § 47 Absatz 4 bedürfen. Dort

## Einstimmiges Votum gegen Auslagerung der Verwaltung

### Personalabteilung soll wieder im Uni-Haupttrakt untergebracht werden

Nach dem Beschluß des Senats, die zentrale Verwaltung nicht auszulagern und an ihrem bisherigen Standort zu belassen, ist noch unklar, welche Teile des Wissenschaftsbereichs in den Birkenweg umziehen werden. Eine ad-hoc-Kommission wird sich in den nächsten Wochen damit beschäftigen. Fest steht allerdings schon jetzt, daß neben persönlichen Arbeitsflächen für Lehrende in dem sechsgeschossigen Bau auch Veranstaltungsräume eingerichtet werden sollen, so daß ein nicht unwesentlicher Teil der Studenten ab Wintersemester 1979/80 gezwungen sein wird zu pendeln.

Mit großem Beifall hatten die zahlreich anwesenden Dienstleister die einstimmige Entscheidung des Senats aufgenommen, der sich damit gegen die Empfehlung des Verwaltungsausschusses aussprach. Der Verwal-

tungsausschuß hatte, wie bereits berichtet, die Unterbringung der Verwaltung einschließlich der Personalabteilung in dem voraussichtlich im Oktober des Jahres fertiggestellten Neubau am Birkenweg vorgeschla-

gen und damit eine Welle des Protestes bei den Bediensteten ausgelöst, die neben erheblichen Beeinträchtigungen im Arbeitsablauf und im sozialen Bereiche eine noch stärkere Entfremdung zwischen Wissenschafts- und Verwaltungsbereich befürchteten. Der Senat akzeptierte diese Argumente gleichzeitig und

diese Argumente und beschloß gleichzeitig, die Personalabteilung, die zur Zeit in einem angemieteten Haus in der Hauptstraße untergebracht ist, zu reintegrieren, wenn Teile des Wissenschaftsbereichs in den Birkenweg gezogen sind.

In dem sechsgeschossigen Haus - Jahresmiete: etwa 200.000 Mark kalt - sollen insgesamt 102 persönliche Arbeitsflächen sowie pro Etage zwei Veranstaltungsräume eingerichtet werden. Die vom Senat eingerichtete ad-hoc-Kommission wird dabei keine leichte Aufgabe haben, denn offensichtlich besteht auch im Wissenschaftsbereich keine allzu große Neigung zur Auslagerung. Lediglich die Psychologen und Sonderpädagogen, die allerdings schon in der Nähe des neuen Gebäudes ihr Domizil haben, zeigten bisher großes Interesse, weil sie dringend mehr Räume benötigen angesichts der zu erwartenden Neuberufungen. Die beiden Fächer werden wahrscheinlich auch zwei Etagen belegen. Weiter steht zur Debatte, ob auch die anderen Fächer des Fachbereichs I mit Ausnahme von Sport in den Birkenweg umziehen sollten. gh

## Bewährte Zusammenarbeit

### Groninger Delegation in Oldenburg

Eine vierköpfige Delegation des Lehrerbildungsinstituts Ubbo-Emmius der Universität Groningen besuchte am 27. März die Universität in Oldenburg. Sie kam einer Einladung nach, die der Rektor ausgesprochen hatte, um den Erfahrungsaustausch über die Kooperationsbemühungen zwischen den benachbarten Hochschulen fortzuführen und Überlegungen zur Weiterentwicklung der Beziehung anzuknüpfen.

Der Kontakt nach Groningen besteht seit Ende 1976 und basiert auf dem Interesse der Niederländer am Modellversuch zur Einphasigen Lehrerbildung (ELAB). Stand am Anfang eine umfangreiche (hausinterne) Dokumentations- und Informationschrift des Instituts über das Oldenburger Reformmodell, so hat inzwischen der zweite Jahrgang Groninger Lehrerstudenten ein Semester seines ordentlichen Studiums in Oldenburg absolviert. 17 niederländische Studenten, die für das Hauptfach Deutsch eine Lehrbefähigung vergleichbar der Realschullehrerprüfung erwerben, verbrachten das WS 78/79 in Oldenburg. Die am Gespräch beteiligten Vertreter beider Hochschulen hoben ihr Interesse hervor, in der zukünftigen Zusammenarbeit über den Studentenaustausch hinaus zu weiteren Kooperationsformen und - längerfristig

- zu einer vertraglichen Regelung der Auslandsbeziehung zu gelangen. Das Lektorat eines niederländischen Hochschullehrers in Oldenburg hat sich bereits als Möglichkeit der beidseitigen Inanspruchnahme der Verbindung erwiesen, zum Sommersemester erging eine Einladung zu Gastvorträgen an einen Oldenburger Kollegen.

Ein grundsätzliches und breites Bedürfnis zum Erfahrungsaustausch sollte sich aber aus ähnlichen bildungspolitischen Bedingungen der Lehrerausbildung an beiden Hochschulen ergeben. Das 1970 eingerichtete „Institut Lerarenopleiding Voortgezet Onderwijs Ubbo Emmius“ wird von der niederländischen Regierung noch immer unter dem Status des widerrufbaren Experimentes geführt. kw

## ASTA-Abkommen mit Chile-Gruppe

Der ASTA der Universität hat mit der Agrupación Cultural Universitaria (ACU), einer Kulturorganisation der Studenten und Hochschulangehörigen der Universidad de Chile, eine Übereinkunft über die künstlerische und kulturelle Zusammenarbeit abgeschlossen. In den Bereichen Literatur, Bildende Kunst, Theater, Musik und Fotografie sollen Informationen ausgetauscht, Besuche organisiert und gemeinsame oder gleichzeitige Aktivitäten geplant werden. Die Vereinbarungen sollen noch vom Studentenparlament unterstützt werden.

Außer mit dem ASTA der Universität in Oldenburg schloß der Vertreter der ACU Verträge mit den ASTA in Bremen, Frankfurt und Hamburg ab.

## Überstunden für Gremienarbeit

In einem Erlaß hat der Niedersächsische Wissenschaftsminister die Hochschule darauf hingewiesen, daß es Pflicht aller Mitglieder der Hochschule ist, nach Maßgabe des Hochschulgesetzes und der Grundordnung an der Selbstverwaltung der Hochschule mitzuwirken. Die Teilnahme an den Gremiensitzungen ist danach für Angestellte und Arbeiter, die als Vertreter in diese Gremien gewählt worden sind, eine ihnen dienstlich übertragene Aufgabe. Finden Gremiensitzungen außerhalb der täglichen Arbeitszeit statt, hat der Präsident, bzw. in seiner Vertretung der Kanzler für die betreffenden Mitarbeiter Überstunden anzuordnen. Solche Überstunden sind durch Arbeitsbefreiung auszugleichen oder, wenn dies aus dienstlichen Gründen nicht möglich ist, zu vergüten.

## 16. Mai Präsidentenwahl

### Öffentliche Anhörung der Kandidaten am 24.4.

Am 16. Mai wird voraussichtlich das Konzil den Präsidenten wählen. Auf diesen Termin einigte sich auf seiner letzten Sitzung der Senat. Eine Woche vorher (9.5.) will er die Entscheidung über die Dreierliste treffen, die er dem Konzil vorlegen muß. Ursprünglich war dieser Termin auf den 25. April festgesetzt worden, doch wurde er auf Intervention verschie-

dener hochschulpolitischer Gruppen verschoben, weil zwischen der öffentlichen Anhörung der Kandidaten und der Entscheidung über den Senatsvorschlag ein zu geringer Zeitraum gelegen hätte. Die Anhörung der Kandidaten wird nunmehr endgültig am Dienstag, den 24. April in der Aula stattfinden. gh

# Erfolgreiche Zusammenarbeit mit zahlreichen Verbänden

## NQ-Projekt legt Zwischenbilanz vor - In zehn Bundesländern repräsentiert

Eine erfolgreiche Bilanz konnte der Vorsitzende des „Projektes zur Qualifizierung nebenberuflicher Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung“ (NQ-Projekt), Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, kürzlich den versammelten Vertretern der Bundesverbände der Weiterbildung vorlegen. Das NQ-Projekt, das vom Bund seit dem 1. Oktober 1976 finanziert wird, hat die Aufgabe, Qualifikationsseminare für nebenberufliche Mitarbeiter der Erwachsenenbildung zu entwickeln und zu erproben.

Insgesamt haben sich nahezu alle Verbände in Zusammenarbeit mit dem Projekt an Erprobungskursen beteiligt, so daß bisher über 40 Fortbildungsveranstaltungen stattfinden konnten - davon 30 in der vorgesehenen Länge von mindestens 60 Stunden Direktphase.

Lediglich mit der Bundeszentrale für Politische Bildung, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Arbeitskreis Korrektes Fernlehren sind bislang keine Kursvereinbarungen getroffen worden.

In der Länderrepräsentanz fehlt das Saarland. Ansonsten finden in allen Bundesländern NQ-Kurse statt. Damit sind bereits zwei der im Bericht zur Vorerprobung gesteckten Ziele bei der Kursverteilung für die Haupterprobungsphase nahezu erreicht:

- die Länderrepräsentanz,
  - die Verbandsrepräsentanz
- Das wachsende Interesse am NQ-Projekt läßt sich an zwei Indikatoren ablesen:

- a) Materialien  
Eine Aufstellung weist aus, daß im Zeitraum von Februar bis Ende November 6620 Lerneinheiten verschickt wurden.
- b) Kursanfragen  
20 Einrichtungen haben ihr Interesse angemeldet, Kurse in Kooperation mit dem NQ-Projekt durchzuführen.

### Didaktische Grundkonzeption

Von den Veranstaltungen, die durch das NQ-Projekt durchgeführt werden, wird erwartet, daß sie den Mitarbeitern ein Instrumentarium zu effektiveren Vermittlung von Lehrstoffen an die Hand geben; „Instrumentarium“ ist dabei wörtlich zu verstehen. Diese Erwartungen nach einer „instrumentellen Ausrüstung“ ist verständlich und zum Teil auch berechtigt. Durch das NQ-Projekt werden solche Erwartungen allerdings zum Teil enttäuscht.

Die Mitarbeiter sollen im Lernprozeß selbst bewußt noch einmal erfahren, wie es den Teilnehmern zumute ist und welche Probleme sich beim Lernen einstellen. Dabei sollen sie ihre eigenen Praxiserfahrungen beim Lehren und Lernen analysieren

und reflektieren, sollen „pädagogische Situationen durchleben und von daher zunächst einmal sich selber besser „in den Griff“ bekommen, um erst von daher den Zugang zu den anderen zu finden, die unterrichtet werden sollen. „Für manchen, der lehrt, sind Pädagogik und Unterricht sonst kaum mehr als die Rache für das, was man ihm früher angetan hat.“ (Raapke).

Bei dieser didaktischen Grundkonzeption, die in dem Gesamtrahmen des Projekts das größere Gewicht gegenüber dem Training instrumenteller Fertigkeiten hat, steigt die Bedeutung der „sonst allzu leicht verächtlich gemachten unprofessionellen Vermittlungs- und Lehrmethoden vieler erfahrener Praktiker, zumal auch im berufsbildenden Bereich. Diese Methoden sind oft hervorragend, nur eben müßten sie in ihren Wirkungen und Bedingungen reflektiert werden.“ (Raapke)

### Didaktische Konsequenzen aus den Erprobungskursen

Die Vielfalt der unterschiedlichen pädagogischen Verwendungssituationen, für die das NQ-Programm Anwendungswissen bereitstellen soll, die Heterogenität der Zielgruppe und die unterschiedlichen organisatorischen Voraussetzungen erfordern es, daß die didaktische Konzeption der NQ-Kurse differenzierbar und flexibel anwendbar ist.

Nimmt man die bisherigen Erfahrungen als Ausgangspunkt, so kristallisieren sich drei Grundkonzeptionen für NQ-Kurse heraus. Diese sind zum einen durch unterschiedliche Herangehensweisen an didaktische Fragestellungen gekennzeichnet und zum anderen durch unterschiedliche organisatorische Rahmenbedingungen:

- a) Stichwort: **Systematische Strukturierung**

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Kursplanung ist hier die Orientierung an der inneren Systematik des NQ-Programms. Die Lernmaterialien dienen hier als eine Art Lernprogramm und liefern durchgehend den

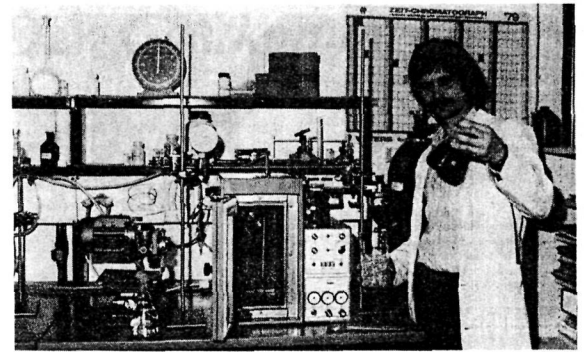
inhaltlichen Bezug für die Arbeit in den sozialen Lernphasen. Unsere Erfahrungen weisen aus, daß lerngewohnte Teilnehmer mit dieser Art der Vermittlung am unkompliziertesten umgehen können. Diese anfangs häufiger angewandte Kursform tritt inzwischen zu Gunsten einer stärkeren Orientierung an den Praxisproblemen in den Hintergrund.

- b) Stichwort: **„Problembezogene Strukturierung“**

Ausgangspunkt für die Kursplanung ist hier die Orientierung an zentralen Problemstellungen, wie sie sich unmittelbar aus der Praxis der Teilnehmer ergeben. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei der Bearbeitung der Lerneinheiten werden von den Fragestellungen der Praxis her bestimmt. Die NQ-Materialien dienen als Hilfestellung zur Erfassung und Reflexion von Praxiserfahrungen und sollen Anstöße und Einübungsmöglichkeiten zur Veränderung der eigenen Praxis liefern. Die Erfahrungen der Teilnehmer haben einen großen Stellenwert innerhalb des Kurses, insofern sie die Themenabfolge und die Bearbeitungsweisen bestimmen. Der Umsetzungsprozeß und Rückbezug des Gelernten auf den jeweiligen Praxisbereich gehört zum unmittelbaren Lernvorgang dazu. Diese Kursform eignet sich besonders für lerngewohnte Teilnehmer und ist im Moment erfolgversprechendste, weil flexibelste Möglichkeit der NQ-Vermittlung.

- c) Stichwort: **berufsqualifizierende Maßnahme**

In diesem Fall steht das NQ-Programm im Gesamtzusammenhang einer längerfristigen berufsqualifizierenden Maßnahme (z.B. Ausbildung der Weiterbildungler in der öffentlichen Verwaltung bzw. im technischen Bereich der Bundesbehörden). NQ deckt als integraler Bestandteil der gesamten Ausbildung den erwachsenenpädagogischen Anteil ab. Die inhaltlichen Fragestellungen sind hierbei im wesentlichen am künftigen Berufsfeld oder Arbeitsplatz orientiert und verfolgen vornehmlich eine Sensibilisierung auf eine bestimmte Klientel. Alle drei hier vorgestellten NQ-Konzeptionen deuten sowohl Grenzen als auch die mögliche Vielfalt von NQ an. Für die weitere Praxis, das hat die Erfahrung deutlich gezeigt, werden die unter b) und c) beschriebenen Vorgehensweisen von größerer Bedeutung und von größerem Interesse sein. mk



In Oldenburg wurde ein umweltfreundlicheres Verfahren zur Verarbeitung von Biomasse entwickelt. Foto: Zahn

## Neues Verfahren für die Verarbeitung von Biomasse

Wissenschaftler der Oldenburger Universität haben ein Verfahren entwickelt, das neue Perspektiven für die Nutzung von Holz und anderem pflanzlichen und tierischen Material als Rohstoff für die Industrie eröffnet. Sie konstruierten eine Apparatur, mit der sie zeigen konnten, daß es möglich ist, „Biomasse“ mit organischen Lösungsmitteln unter Druck und Hitze unter sogenannten „superkritischen“ Bedingungen entweder weitgehend zu erdöllähnlichen Produkten zu zerlegen, als dies bisher üblich ist.

Nach Auffassung von Professor Peter Köll, der seine Forschung zusammen mit dem Chemiker Dr. Jürgen Metzger und einer Reihe weiterer Mitarbeiter im Projekt „Alternative Technologien“ betreibt, sollte die untersuchte Methode zunächst besonders für die Zellstoffherzeugende Industrie von Interesse sein. So gestattet das Verfahren z.B. unter Verwendung eines Ethylalkohol/Wasser-Gemisches die Gewinnung von Cellulose, dem Grundstoff der Papierherstellung, ohne den üblichen Einsatz starker Laugen und umweltunfreundlicher Schwefelverbindungen. Hierbei werden die übrigen Holzbestandteile Hemicellulosen und Lignin, die immerhin zusammen ca. 60 Prozent des Holztrockengewichtes ausmachen, in eine Form übergeführt, die sie für eine weitere Verwendung als Rohstoff geeignet machen. Bisher läßt sich nur ein geringer Teil dieser Substanzen, die weltweit z.Zt. immerhin in der Größenordnung von 1/4 Milliarde Tonnen pro Jahr industriell anfallen, chemisch nutzen. Der größere Teil muß entweder direkt als Abfall in Gewässer geleitet werden bzw. wird bestenfalls zur Energiegewinnung verfeuert.

Angesichts der absehbaren Rohstoffverknappung und der Bedenklichkeit der weiteren Verwendung fossiler Kohlenstoffvorräte in Bezug auf den Kohlendioxidgehalte der Erdatmosphäre ist es verständlich, daß sich das Interesse der Wissenschaft zunehmend diesen und anderen sich

„regenerierenden“, also wieder nachwachsenden, Stoffen zuwendet. So finden die Verfahren der sogenannten „Holzverzuckerung“ unter dem Gesichtspunkt der Ethanolerzeugung heute wieder Beachtung. Auch für diese Technologien, die ebenfalls auf Cellulose fußen und bei denen erhebliche Mengen Lignin und Hemicellulosen anfallen, wäre das entwickelte Verfahren von Nutzen. Die Oldenburger Chemiker erwarten, daß Fortschritte beim Einsatz von Biomasse als Rohstoff nicht dazu führen werden, daß noch mehr Raubbau an der Natur getrieben wird, z.B. durch Vernichtung der letzten noch vorhandenen Wälder, sondern im Gegenteil die Einsicht in die Notwendigkeit des verantwortungsbewußten Umgangs mit diesen kostbaren und unersetzlichen Ressourcen wächst.

Im übrigen hatten die Untersuchungen ein weiteres, nicht vorhersehbares Nebenergebnis: Es zeigte sich, daß die entwickelte Apparatur auch für völlig neuartige chemische Synthesen einsetzbar ist, erlaubt sie doch das problemlose Experimentieren bei Temperaturen bis 400 Grad Celsius und Drücken bis 500 bar (das entspricht dem Druck in 5000 m Meerestiefe), Bedingungen, die bisher nicht ohne besonderen Aufwand im Labor erreichbar waren. In einer Serie von Veröffentlichungen konnten Professor Köll und Dr. Metzger der internationalen Fachwelt eine ganze Anzahl bisher unbekannter chemischer Reaktionen vorstellen.

## Beispiele für aufrechten Gang: Willi Bleicher und Helmut Simon

### Detlef Prinz und Manfred Regin dokumentieren Ossietzky-Tage '78 in Oldenburg



Detlef Prinz, Manfred Regin (Hrsg.), Beispiele für aufrechten Gang: Willi Bleicher und Helmut Simon - im Geiste Carl von Ossietzky. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt 1979

Nahzu über ein dreiviertel Jahr nach den Ossietzky-Tagen '78 veröffentlicht die Europäische Verlagsanstalt eine Dokumentation der Ansprachen und Laudationen:

„Beispiele für aufrechten Gang Willi Bleicher und Helmut Simon Im Geiste Carl von Ossietzky.“

Detlef Prinz, Jugendsekretär des DGB in Westberlin, und Manfred Regin, Leiter des RIAS-Bildungsprogramms, zeichnen für die Herausgabe verantwortlich. Regin steuert für den Band auch die Viten zu Bleicher und Simon bei. Nichts haben die Beiträge an Aktualität verloren. Rosalinde von Ossietzky-Palm erinnert an den Namenszug ihres Vaters am Turm der Universitätsbibliothek, an das „machtpolitische Spiel“ um seine Beseitigung. Der Name wurde erstmals entfernt unter der SPD/FDP-Landesregierung. Der Name ist heu-

te, unter einer die Bezeichnung ablenkenden CDU-Landesregierung, noch zu lesen.

Die Auseinandersetzung um die Namensgebung ist für alle sichtbar noch nicht beendet. Hermann Vinke, Redakteur beim NDR und Ossietzky-Biograph, gibt in seinem Beitrag eine kurze Würdigung Ossietzky's. Vor dieser Darstellung stellt sich Zeile für Zeile die Frage, wie es möglich ist, daß diese Universität noch nicht nach diesem Friedensnobelpreisträger benannt worden ist.

Die Antwort wird gegeben mit dem Verschütten und dem Verdrängen von geschichtlichem Bewußtsein. Eine ganz andere geistige Haltung wird dagegen in den Beiträgen von und über Bleicher und Simon deutlich - selbst wenn man mit ihnen nicht immer übereinstimmen mag. Persönliche Entwicklungslinien werden in ihrer Dialektik zu politisch-historischem Wandel ge-

zeigt; platte Anpassung gibt es weder bei dem proletarischen Arbeiterführer noch bei dem von bürgerlichen Freiheitsidealen geprägten Bundesverfassungsrichter. Der evangelische Christ Simon entwirft etwa sein Verhältnis zum Sozialismus gegen den Antikommunismus des Kalten Krieges. Ein Bleicher distanziert sich nicht von Mithäftlingen aus dem KZ, die der KPD angehören, da sagt der Gefolterte dem unter Adenauer als „verfassungsfreundlich“ eingestuftem Bund der Antifaschisten seinen Gruß vom Friedhof des KZ Esterwegen. Wie Ossietzky stehen Bleicher und Simon für ihre eigenen Überzeugungen ein. Überzeugungen aber haben bisweilen eine besondere Verfassung.

Ein dritter Abschnitt des Bandes dokumentiert die Reden von Erwin Beck, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrecht - Sektion Berlin, Professor Rainer Krüger, Wolfgang Lüder, Berliner Bürger-

meister, Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender, Willi Bleicher, Heinrich Albertz, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, und Helmut Simon anläßlich der Medaillenverleihung. Auch die Ansprachen von Konrad Gilges, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes und der Sozialistischen Deutschen Jugend - Die Falken, von Georg Drescher, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, und von Professor Krüger bei der Kundgebung in Esterwegen und bei der Enthüllung des Mahnmals vor der Universität werden wiedergegeben. Es bleibt hier kritisch anzumerken, daß der Beitrag von Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union, leider fehlt. Er sollte bei einer Neuauflage ebenso berücksichtigt werden wie die abschließende Chronologie zur Namensgebung der Universität - nur zu einem kleinen Teil wiedergegeben - überarbeitet werden müße.

## Die Qualität des Studiums erhöhen/ Fortsetzung von Seite 2

trere gegenüber dem Lehrenden und eines Vermittlers zwischen Fachschaftsrat und Studenten zu entwickeln sein. „Was heißt hier ‚Rückbesinnung‘?!“ höre ich sagen, „wir kommen ja eh kaum noch zur Besinnung“. Nun gut, das Problem „Zeitökonomie“ könnte vielleicht einen Einstieg in die Diskussion zur Konkretisierung einer solchen Strategie abgeben, denn „an mir bleibt nachher wieder alles hängen“. Doch: Die Frage nach der Organisation der Gremienarbeit und ihrer wöchentlichen bzw. täglichen Gestaltung muß im Zusammenhang

mit der Sinnfrage einer „gewerkschaftlich orientierten“ studentischen Gremienarbeit gestellt werden, wird doch von der Plausibilität der diesbezüglichen Antworten in großem Ausmaß der Motivation zur Mitarbeit abhängen. Die Sinnfrage zu stellen heißt hier Antworten auf zwei Fragen zu finden: „studentische Gremienarbeit - warum und wozu?“ Auch die folgenden Notizen erheben keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Ausgereiftheit, sondern reflektieren mein gegenwärtiges Problembewußtsein und Darstellungsvermögen.

### IV. Wie man Interessen ermitteln kann

Einem Studenten die Frage zu stellen, warum er studiere und wozu heißt soviel wie, ihn nach seinen Bedürfnissen und Interessen zu befragen. Alle empirischen Antworten, die wir da erhalten werden, lassen sich auf zwei Grundbedürfnisse zurückführen, und zwar auf das Interesse an

#### Existenzsicherung

#### Selbstverwirklichung

in allen wichtigen Lebenssituationen, vor allem natürlich im zukünftigen

Arbeitsprozeß und u.U. auch im gegenwärtigen organisierten Lernprozeß (Studium). Deshalb muß eine Ermittlung konkreter Interessen möglichst auf theoretischen Erkenntnissen über potentielle und wahrscheinliche Erscheinungsformen dieser Grundbedürfnisse basieren. Ich will in einer ersten Annäherung einmal vorführen, wie ich mir die wesentlichen Schritte eines solchen Arbeitsablaufs vorstellen könnte:

#### IVa) Was heißt für den Studenten heute „Existenzsicherung“?

„Natürlich“ setzt Studieren können die Absicherung der materiellen Existenz des Studenten voraus, kurz gesagt alles dessen, was in den Bereich der studentischen Sozialpolitik fällt, die vernünftigerweise beim ASTA angesiedelt ist.

Des weiteren ist für den Studenten existentiell Interesse, ob er in dieser Universität im geplanten Zeitraum eine Ausbildung erfährt, die gesellschaftlich anerkannt wird.

Zum dritten möchte er einen qualifizierten Abschluß (Staatsexamen oder Diplom) erreichen, weil er sich davon bessere Einstellungschancen in seinem „Traumberuf“ verspricht; die Ausübung einer (relativ) gut bezahlten Berufstätigkeit in einem krisensicheren Berufsfeld ist eine sehr handlungsrelevante Konkretisierung dieses Grundbedürfnisses. Analysiert man seine Besonderungen unter verschiedenen Fragestellungen (Aspekten), dann ergeben sich daraus unmittelbar Ideen für eine Ermittlung bzw. „Vertretung“ von kon-

kreten Interessen. Ein Beispiel: Welche Konsequenzen könnte das Interesse an einer guten Abschlußnote für das Sozialverhalten der meisten Studenten haben und wie lassen sich „negative“ Auswirkungen verringern? Oder ein anderes objektives Problem: Wie soll man sich verhalten, wenn die „gesellschaftliche“ Anerkennung eines Studiums - seine Akzeptanz - von der Menge an Leistungsnachweisen abhängig gemacht wird? In beiden Fällen geht es immer um Interessenkonflikte, die sich sowohl zwischen den Studenten als auch im Kopf eines Studenten abspielen und für die es eine unproblematische Lösung nicht gibt.

Bezieht man die eingangs aufgelisteten Hauptbereiche studentischer Politik auf hier genannte drei Elemente, dann kann man die These aufstellen, daß zumindestens das dritte Bedürfniselement in der politischen Diskussion weitgehend tabuisiert ist, und daß, obwohl (oder weil?) es bei vielen Studenten erste Priorität besitzt...

#### IVb) Was heißt für den Studenten „Selbstverwirklichung“?

Wir können mit großer Gewißheit davon ausgehen, daß für viele Studenten das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, genauer gesagt: das Interesse an einem möglichst hohen Grad an Autonomie und Selbstständigkeit, ein wichtiges - wenn nicht sogar das entscheidende - Motiv für die Aufnahme des Studiums ist. Wie anstrengend jedoch gerade die politische Verwirklichung eines solchen Bedürfnisses ist, das kann jeder schon aus eigener Erfahrung ermesen. Einer der Gründe ist darin zu suchen, daß Selbstverwirklichung ein Lebenszweck ist, der sich nicht so einfach operationalisieren und verallgemeinern läßt wie eine Meinung über die studentischen Lebenshaltungskosten („Existenzminimum: 600 DM!“) beispielsweise. Im Gegenteil: es neigen individuelle Autonomiebestrebungen immer zur Einschränkung der „Freiheit“ anderer. Die Unklarheit über die eigene „Begabung“ und die Richtung der Persönlichkeitsentwicklung führt somit notwendigerweise zu vielen tastenden Versuchen, die auf jeden Fall mit Verunsicherungen, u.U. jedoch auch mit ermutigenden Erfolgserlebnissen verbunden sind. Generell läßt sich sagen, daß Selbstverwirklichung ein Prozeß ist, der nie abgeschlossen, sehr wohl aber - je nach den Umständen - frühzeitig abgebrochen werden kann.

Daraus ergibt sich für die „universitären „Erzieher“ („Sozialisationsfaktoren“ oder „agenten“) die Aufgabe, jene „Umstände“ (Bedingungen) zu schaffen, die auch vom einzelnen Studenten (mit etwas gutem Willen) als Hilfestellungen verstanden werden können. Unbestreitbar ist dabei, daß ein Großteil der Verantwortung für die Persönlichkeitsentwicklung bei den Lehrenden liegt, doch Selbsterziehung sowie ohne die verantwortliche Mitarbeit von be-

wußten Studenten ist der Anspruch auf Entfaltung der Persönlichkeit nicht generell einzulösen. Überall dort, wo Studenten in politischen Gruppierungen „über die Tagesordnung hinaus“ zusammenleben, wo sich aus Arbeitszusammenhängen festere Bindungen ergeben, wo man Wohngemeinschaften bildet u.ä.m. findet schon der politisch bedeutsame Versuch statt, Selbstverwirklichung nicht gegen Gleichgestellte, sondern mit ihnen zu erlernen - doch eine solche Politik, wie sie von den „Basisgruppen“ zum Prinzip erhoben wird, erreicht nur in den seltensten Fällen den universitären Arbeitsprozeß. Damit geht ihm ein ganz entscheidendes sozialisierendes Element verloren: Selbstverwirklichung außerhalb der Arbeit birgt immer auch die Gefahr der Realitätsferne von Bewußtsein, weil die Bestätigung der Persönlichkeit durch Gleichgesinnte aus anderen Motiven erfolgen kann als denen, von denen sich eine Ausbildungsstätte wie die Universität leiten lassen muß.

Die Selbstverwirklichung des Studenten und des Hochschullehrers muß in und durch die gemeinsame Arbeit erfolgen können - das ist die Konsequenz meiner Gedanken. Und damit es zu einer solchen, die Qualität des Studiums mit Sicherheit erhöhenden Kooperation kommen kann, bedarf es einer wirklichen Zusammenarbeit in Projekten und Seminaren mit Forschungsanteilen. Eine Bedingung dafür ist die Bereitschaft der Lehrenden, Studenten an ihrer Forschungsarbeit zu beteiligen - darüber wird noch an anderer Stelle zu reden sein - eine andere ist die Befähigung von Studenten zur Wahrnehmung jener Mittlerfunktionen, ohne die es nicht zu den intensiven Arbeitsbeziehungen kommen kann.

### V. Wie könnte Fachschaftsarbeit künftig aussehen?

● Eine Strategie wie diese, die das Interesse des Studenten und Hochschullehrers an einer Selbstverwirklichung im universitären Arbeitsprozeß unterstellt bzw. wecken will, steht dann vor dem Nichts, wenn sich herausstellen sollte, daß wie bisher - Politik in der Tat „nur“ als Absicherung von grundlegenden Existenzbedingungen betrieben werden soll. Eine solche einseitige Fachschaftsarbeit - der Fachschaftsrat reduziert auf eine Teilfunktion als „Kontrollorgan“ der Gremienmitarbeiter und „Dolmetscher“ von Hochschulpolitik - hat aber ebenfalls keine Perspektive.

● Erforderlich scheint mir die Einigung der politikfähigen Gruppen auf ein spezielles hochschuldidaktisches Ausbildungsprogramm für potentielle Seminarsprecher zu sein, vergleichbar etwa mit einem Tutorienprogramm wie dem des „Marburger Autorenkollektivs“ (In: Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 42).

● Zur Planung wie zur Realisierung dieses Programms bedarf es der Kooperation mit hochschuldidaktisch interessierten Lehrenden. Denkbar wären darüber hinaus auch Weiterbildungsmaßnahmen, die über arbeitslose Pädagogen oder über Arbeitslose an Volkshochschulen etc. angeboten werden könnten. Ziel aller diesbezüglichen politischen Initiativen zur „Höherqualifizierung“ der Seminarsprecher muß jedoch die universitäre Verankerung dieses Curriculums sein.

Fachschaftsarbeit auf der Basis der Mitarbeit von hochschuldidaktisch qualifizierten und in ihren Veranstaltungsbereichen aktiven Seminarsprechern, müßte eigentlich nicht nur erfolgreich für alle, sondern auch lehrreich und nützlich für den Einzelnen sein. Unter diesen Bedingungen stünde auch zu erwarten, daß Seminarsprecher-Wahlen interessant werden. Ohne eine Wissenschaftlichmachung der studentischen Politik hingegen wird es mit Sicherheit keinen Aufschwung bzw. keine kontinuierliche und zielstrebige studentische Gremienarbeit auf hohem Niveau mehr geben.

### VI. Nachbemerkung

Die hier geforderte kritische, selbstbewußte, interessenbezogene und effektive Zusammenarbeit von Lehren-

## Zweimal erfolgreich vor Gericht - aber immer noch kein Geld

### Minister bleibt hart im Streit um Förderung von Zweit- oder Ergänzungsstudium

An der Universität in Oldenburg wird der Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften mit dem Studienschwerpunkt Schule angeboten. Reinhard Friedeck hat diese Richtung nach einem bestandenem Lehrexamen belegt und im März 1976 dazu einen Antrag auf Ausbildungsförderung (BAFÖG) gestellt, um so dieses Zweitstudium finanzieren zu können. Doch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst lehnt auf dem Erlaßwege ab: Ein solches Studium sei kein Zweit-, sondern nur ein Ergänzungsstudium - also nicht förderungswürdig.

Ganz anderer Auffassung ist in Einklang mit Reinhard Friedeck, der im Mai 1977 nach Ablehnung seines Widerspruchs Klage einreicht, das Oldenburger Verwaltungsgericht. Es hebt die ablehnenden Bescheide ein halbes Jahr später auf.

Die Universität, die das Land vor Gericht vertritt, meldet den Ausgang des Verfahrens weisungsgemäß an das Ministerium, und aus Hannover kommt die Aufforderung, vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg in die Berufung zu gehen. Doch auch dieses Gericht scheint nicht bereit zu sein, die Argumentation des Ministeriums zu teilen. Es schlägt nämlich vor, auf die mündliche Verhandlung zu verzichten, da die Berufung wohl einstimmig zurückgewiesen werde. Doch die Universität - wiederum auf Weisung des Ministeriums - muß auf der Behandlung bestehen. Bei der er-

## Der Gastkommentar



**Inge Wettig-Danielmeier, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, über die Haltung ihrer Partei im Namensstreit**

Carl von Ossietzky, der radikale Demokrat und Widerstandskämpfer, konnte als Namensgeber für eine deutsche Universität nur deswegen zu einem Politikum werden, weil demokratische Tradition in der deutschen Geschichte nicht die Regel ist. Auch in der 2. deutschen Republik hat sich Carl von Ossietzky von dem Bild nicht befreien können, das Konservative und Antidemokraten in der 1. deutschen Republik und im Hitler-Reich von ihm verbreitet haben. Er teilt dieses Schicksal mit einem Demokraten europäischen Ranges; denn obwohl Heinrich Heine als deutscher Demokrat und Kritiker unter Demokraten unumstritten ist, geriet auch er als Namensgeber für eine deutsche Universität in Verruf.

Schwer verstehbar ist, warum die SPD, unzweifelbar eine der stärksten Säulen demokratischer Tradition in Deutschland, unzweifelbar eine Partei des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, zwischen 1970 und 1974, als sie die absolute Mehrheit besaß, eine Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg nicht zuließ. Es scheint dafür zwei Begründungen gegeben zu haben: Die Abneigung, eine staatliche Einrichtung mit einem Namen zu versehen und die Furcht, mit der Namensgebung konservativen Wider-

stand gegen die neue Universität auszulösen. Der erste Grund ist sicher beachtenswert, er hat sich aber erledigt, da Universitäten weiter Namen tragen und andere Einrichtungen neue Namen erhalten haben. Die Frage des konservativen Widerstandes ist einer sorgfältigen Erörterung wert, doch hat die Entwicklung der Diskussion über die Reformpolitik und damit auch über die neue Universität Oldenburg gezeigt, daß mit oder ohne Namen, Oldenburg ein Aggressionsobjekt der Konservativen werden und bleiben wird.

Für die SPD liegt der Streit um die Carl-von-Ossietzky-Universität auch ein Anlaß, über ihre defensive Position bei der Diskussion demokratischer Traditionen und gesellschaftlicher Reformen nachzudenken. Der Streit um die Namensgebung ist nur eine andere Version der „Freiheit- oder Sozialismus-Debatte“.

Der Streit um Carl von Ossietzky läßt sich nicht verschleiern. Er ist nur zu führen im Zeichen einer eindeutigen Parteinahme für die Demokratie und ihre Grundfreiheiten. Da dieses auch etwas mit dem Auftrag der Universität zu tun hat, ist Carl von Ossietzky ein würdiger Name für eine Universität.

den und Studenten im Rahmen eines Studienganges bzw. einer Lehrveranstaltung wird funktionale Interessenunterschiede nicht einbenen oder verschütten - das ist eher der status quo. Wenn es tatsächlich gelänge, qualifizierte Seminarsprecher auszubilden, also zu einer Professionalisierung und Institutionalisierung der studentischen Interessenvertretung in hochschuldidaktischen Angelegenheiten zu kommen, dann wären wesentlich bessere Voraussetzungen für die Bewältigung eines der uni-

versitären Hauptprobleme geschaffen, nämlich: das politische und das wissenschaftliche Arbeiten wissenschaftlich zu erlernen.

\* Gerd Weghorn ist seit 1971 an der Universität Oldenburg tätig - zunächst als Fachbereichsplaner und seit 1974 als wissenschaftlicher Assistent für Arbeitswissenschaften. Er arbeitet an einer Dissertation über Probleme der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation an der Uni Oldenburg.

Lehrern eine verbesserte Chance beim Zutritt zu Funktionsstellen eröffnet, wird bezweifelt. Im interministeriellen Schriftwechsel stellt der Kultusminister abschließend fest, daß „allein der Erwerb der Befähigung für ein Lehramt ... den Zugang zu der entsprechenden Lehrerbildung“ eröffnen.

Unter diesen Voraussetzungen schreibt das Ministerium der Universität vor, dem Gericht und dem Kläger entgegenzuhalten, daß bei vorliegender Lehramtsprüfung „das Diplomstudium lediglich als persönliche Vertiefung einer schon vorhandenen Qualifikation anzusehen (ist), aus der keinerlei unmittelbare Vorteile im Rahmen der schulischen Laufbahn abgeleitet werden können“.

Diese Auffassung steht jedoch der ursprünglichen Intention der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen bei der Schaffung des Schwerpunktes Schule im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften entgegen. Auch die Empfehlung, Diplom-Pädagogik als Aufbaustudium zu studieren, wird verdrängt.

# Professor Reinhard Pfennig emeritiert

Professor Reinhard Pfennig wurde nach 75 Semestern Schul- und Hochschuldienst mit Ende des Wintersemesters 1978/79 von seiner Verpflichtung zur Lehrtätigkeit entbunden. Wer ihn kennt, der weiß, daß die Emeritierung für ihn nicht bedeuten kann, sich zur Ruhe zu setzen, sondern daß sie ihm vielmehr dazu verhilft, das in Ruhe zu tun, wozu die Verpflichtungen des Hochschuldienstes einen Hochschullehrer nicht kommen lassen. Seinen Studenten wird er auch weiterhin für Beratungen und Prüfungen zur Verfügung stehen.

1914 in Berlin geboren und dort auch aufgewachsen, absolvierte Pfennig an der Staatlichen Hochschule für Freie und Angewandte Kunst und an der Hochschule für Kunstzerziehung sein Studium. 1937 legte er sein Staatsexamen ab und wurde 1940 Studienassessor.

Nach dem Krieg wurde Pfennig zunächst an die Pädagogische Hochschule Iburg berufen. Ab 1948 lehrte er an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg.

Und es ist gerade jenes Nachkriegsdeutschland, was ihn, wie viele seiner Generation, besonders herausgefordert hat. Galt es doch, nach einer Zeit der statisch verordneten, kulturellen Enge, Schüler, Studenten und Publikum wieder mit der ganzen Breite des künstlerischen Schaffens, vor allem mit den dynamischen Entwicklungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, vertraut zu machen und die eigene künstlerische Tätigkeit als aktiven Beitrag zu zeitgenössischen Kunstströmungen einzubringen. Seine Forschungsarbeit als Hochschullehrer ist durch eine sehr enge Verknüpfung von Theorie und Praxis gekennzeichnet.

Im Rahmen eines kunstpädagogischen Arbeitskreises entwickelte er zusammen mit Lehrern in jahrelan-

ger, intensiver Arbeit eine kunstpädagogische Konzeption, die die bildende Kunst der Gegenwart zum wichtigsten Bezugsfeld hatte und auf systematisch zu erlernende Fähigkeiten und Kenntnisse im bildnerischen Denken und Handeln zielte.

Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden über Kongresse, Ausstellungen und Tagungen, u.a. auch in Österreich, in der CSSR, Frankreich und den USA, über zahlreiche Aufsätze und vor allem durch sein Hauptwerk „Gegenwart der bildenden Kunst - Erziehung zum bildnerischen Denken“ (inzwischen in 5. Auflage erschienen) bekannt gemacht und fanden internationale Anerkennung.

Sein künstlerisches Werk, das sich der „Phantastischen Kunst“ zuordnet, ist durch zahlreiche Ausstellungen einem breiten Publikum zugänglich gemacht worden. Als Vorstandsmitglied des Oldenburger Kunstvereins bemühte er sich vor

allem um die Darbietung aktueller Kunstströmungen. Unvergessen sind noch heute „ars viva“. 1958 und „situation 1962“, die einen Querschnitt durch das aktuelle Kunstschaffen in Deutschland zeigten.

Wir gratulieren Reinhard Pfennig zu seinem neuen Stand und verbinden damit die besten Wünsche für sein Wohlergehen. Johann Denker

## Prüfungskommissionen

Das Staatliche Prüfungsamt hat uns um folgende Korrektur einer Formulierung des Artikels „Entscheidung über Zukunft von ELAB fällt im März“ (uni-info 3/79) gebeten. Im uni-info stand sinngemäß: Der Philologenverband Niedersachsen habe sich bei seiner Kritik an der ELAB auf einen Bericht der dem PHV nahestehenden Vorsitzenden der Prüfungsämter gestützt. Richtig muß es heißen: der dem PHV nahestehenden Vorsitzenden der Prüfungskommissionen.

## Kein Blackout im Hifo

Zu einer Kontroverse ist es zwischen Professor Jörg Wolff, Fachbereich I, und dem Vorstand der Zentralen Einrichtung für medientechnische Anlagen (ZEMA) wegen der Einsatzbereitschaft des Hochschulinternen Fernsehens (HIFO) gekommen.

Wolff hatte dem HIFO am 5. März in einem Schreiben an den Kanzler „totale Unfähigkeit ... zu einer sinnvollen dauerhaften Kooperation“ vorgeworfen. Er begründet seinen Vorwurf mit mehreren Hinweisen auf technische Defekte an verschiedenen Geräten des HIFO sowie mit nicht eingehaltenen Terminen.

ZEMA-Geschäftsführer Wolfgang Mischke hielt diesen Anschuldigungen inzwischen - ebenfalls in einem

Brief an den Kanzler - entgegen, daß die materielle und personelle Ausstattung des HIFO derartig unzureichend sei, „daß Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsabwicklung nicht persönlichem Unvermögen oder Unwilligkeit anzulasten sind, sondern infolge der ständigen Überlastung der Mitarbeiter auftreten.“

So habe die ZEMA wiederholt eine Stelle „Fernsehtechnik im Werkstattdienst“ für den Haushalt angemeldet.

Mischke: „Um bei künftigen Projekten derartige Pannen zu vermeiden, ist eine rechtzeitige detaillierte und konkrete Planung und eine Beratung über die technisch bedingten Grenzen und Möglichkeiten des HIFO angezeigt.“

## Termine

**Donnerstag, 19.4.79, 20.00, Hörsaal F.** Vortrag von Professor Dr. Thomas Höhle (DDR) zum Thema „Streitbare Humanität - Dichtung, Philosophie und Politik im Werk des reifen Lessing“.

## „2. Bildungsweg nicht abbauen!“

In mehreren Arbeitskreisen und bei einer Podiumsdiskussion in der Universität analysierten die Oldenburger Kollegiaten die derzeitige Situation des zweiten Bildungsweges.

Klaus-Peter Weiner, einer der Sprecher der Kollegiaten, kritisierte, daß die Lernbedingungen am Oldenburg-Kolleg auf den Unterricht an der gymnasialen Sekundarstufe II ausgerichtet werden sollen. Dies bedeutete jedoch eine zunehmende Vernachlässigung erwachsenenspezifischer Lernformen. Auch durch eine Reduzierung der Förderungsmöglichkeiten und eine Veränderung der Fehlstundenregelung seien die Kollegiaten benachteiligt. Gegen die Maßnahmen sprach sich die Mehrheit einer Diskussionsveranstaltung in der Universität aus, an der auch Vertreter des AstA, der SPD und CDU, der GEW und des Philologenverbandes teilnahmen.

## Neue Urlaubsregelung

Künftig können Bedienstete ihren Resturlaub aus dem jeweils vergangenen Jahr bis zum 30. April nehmen. Das teilte jetzt der Wissenschaftsminister in einem Erlaß mit. Bisher mußten Bedienstete ihren Urlaub bis zum 31. März genommen haben. Nur in Ausnahmefällen war eine Verlängerung dieser Frist möglich. Nach den neuen Bestimmungen kann auch jetzt eine Verlängerung bis jeweils 30. Juni gewährt werden.

## Dritter Termin für Prüfungen

Das wissenschaftliche Landesprüfungsamt für Lehramter - Außenstelle Oldenburg - teilt mit, daß für die mündlichen Prüfungen im Sommersemester 1979 neben den schon festgelegten Prüfungszeiträumen (26.3. bis 1.4. und 17.4. bis 23.4.79; 9.7. bis 21.7.79) noch ein dritter Termin eingeräumt wird: 3.9. bis 15.9.1979. Die Wahrnehmung des letzten Prüfungstermins ist jedoch nur in Absprache mit den Prüfern möglich. Das Prüfungsamt muß bis zum 15.5.1979 darüber unterrichtet werden, welcher Prüfungsteil im September verlegt werden soll. Bis zum 1.7.1979 sind die mit den Prüfern vereinbarten Termine für September mitzuteilen. Für diese Mitteilungen liegen Formblätter vom 2.5. bis 15.6.1979 beim Pfortner aus. Termine, die außerhalb der Prüfungszeiträume liegen, werden vom Prüfungsamt nicht anerkannt. Es können allerdings schriftlich Ausnahmeanträge gestellt werden.

## Letzte Meldung

Dem Immatrikulationsausschuß ist es gerade aufgrund seiner Kenntnis des Immatrikulations- und Exmatrikulationsrechts unverständlich, wieso der Rektor den Studenten die Möglichkeit nehmen kann, eine bestehende Immatrikulation nachzuweisen. Aus diesem Grund sieht der I-Ausschuß keinen anderen Weg, als den Rektor aufzufordern, den Studenten die Rückmeldeunterlagen (Studentenausweis, Immatrikulationsbescheinigungen) auszuhändigen. Einstimmig vertrat der Ausschuß ferner die Ansicht, daß der Minister dem Rektor in dieser Angelegenheit keine Weisungen erteilen könne, da das Immatrikulationswesen zum Autonomiebereich der Hochschule gehöre.

**AUTOHAUS Büchner** V.A.G.  
**Gebrauchtwagen**  
 Alle Fabrikate  
 Große Auswahl. Und nicht teuer.  
 31081  
 Audi  
 VW  
 Donnerschweer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
 \*  
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
  
 1871/1971  
**BUCHHANDLUNG**  
**BÜLTMANN & GERRIETS**  
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
 Postfach 1 41

**COPIERCENTER OLDENBURG**  
Ammerländer Heerstr. 88 · 29 Oldenburg · Tel. 04 41 7 20 29 20 · Fax 258 88  
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung  
**Kopierpreis je Stück 0,10 DM**  
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM  
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM  
**Schnelldruck-Service**  
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4  
 Auflage 20 Stück DM 2,30  
 Auflage 100 Stück DM 5,50  
 Auflage 500 Stück DM 20,70  
 Auflage 1000 Stück DM 34,-  
 Auflage 2000 Stück DM 60,-

**JEANS**  
 von **Horten**  
 Levis · Wrangler · Pioneer · Lois · Settlor

**TABULA**  
**BUCHLADEN**  
**IM HERBARTGANG**  
 WALLSTR.  
 HERBARTGANG  
 LANGE STR.  
 KURWICKSTR.

  
 Sonne genießen mit einer Qualitäts-Sonnenbrille.  
 Lassen Sie sich doch einfach einmal bei uns beraten. Vollkommen unverbindlich für Sie.

**Optiker Schulz**  
 für besseres Sehen und Hören  
 Achternstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher - Berichte und Examensarbeiten  
**Examensarbeiten-schnelldienst**  
**Innerhalb 2 Stunden**  
 Jochen Henckus  
 Bibliotheksbuchbinderei  
 Edewächter Landstraße 50  
 Telefon 50 23 97

**SPANHAKE**  
 aktuell  
 in · basteln · basteln · bast  
**AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!**  
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.  
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.  
 Spanhake, Oldenburg  
 Lange Straße 48  
 oldenburg - lange str.

**Anna Thye**  
 Buchhandlung  
 Inh. Gottfried Stierl  
 Geogr. 1. 9. 1800  
 29 OLDENBURG  
 Schloßplatz 21 / 22  
 Postfach 4780  
 Ruf (04 41) 2 52 88  


  
**Spedition**  
**Möbeltransport**  
**International**  
**DEUS**  
 TEL. (04 41) 7 10 01

**Ihr OLB-Bankkonto - die Drehscheibe Ihres Zahlungsverkehrs.**  
  
**Die Bank, die hier zu Hause ist.**  
 OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG